

NACHRICHTEN

STUDIE DES SACHVERSTÄNDIGENRATS

Zuwanderer bevorzugen die SPD



BERLIN | Wenn in Deutschland nur Migranten wählen dürften, müsste sich die SPD keine Sorgen machen. Das zeigt eine Umfrage des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration. 40 Prozent der befragten Zuwanderer nannten die SPD als „Partei ihrer Wahl“.

Endlich oben auf: die SPD Foto: dpa

KABINETTSBESCHLUSS

Mehr Kontrolle für Ärzte-Funktionäre

BERLIN | Die Bundesregierung will nach Skandalen bei Deutschlands obersten Kassenärzten die Spitzenorganisationen schärfer kontrollieren. Das Kabinett verabschiedete am Mittwoch einen entsprechenden Gesetzesentwurf von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), der auf die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) zielt.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Afd schließt Presse von Parteitag aus

STUTTGART | Die AfD in Baden-Württemberg schließt die Presse von ihrem Landesparteitag in Kehl aus. Die Entscheidung sei im Landesvorstand mit einer Enthaltung getroffen worden, sagte Landeschef Lothar Maier.

ERMITTLUNGEN IN BAYERN

SPD-Mann lässt Ämter ruhen

AUGSBURG | Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Linus Förster lässt wegen strafrechtlicher Ermittlungen seine politischen Ämter ruhen. Gegen den 51-jährigen ermittelt die Augsburger Staatsanwaltschaft wegen des Vorwurfs der vorsätzlichen Körperverletzung und illegaler Bildaufnahmen.

DAS WETTER

Es bleibt warm – und nass

Welch Glück! Es bleibt im Vergleich zur vergangenen Woche warm. Doch leider ist es in den meisten Regionen des Landes bewölkt und regnerisch. Nur in Küstennähe und an den Alpenrändern kommt ab und zu die Sonne durch.



„Ich war naiv und habe den Medien geglaubt“

JUSTIZ Ein US-Deserteur kämpft in Deutschland um Asyl: Am Montag stand er vor Gericht

MÜNCHEN taz | André Shephard steht an der Tür des bayerischen Verwaltungsgerichts und gibt sich so, wie man ihn schon einmal erlebt hat: gut gelaunt, lächelnd. Einige Unterstützer sind mit ihm gekommen in den Saal 7, wo es um eine sehr prinzipielle Sache geht.

war abgelehnt worden, deshalb reichte er Klage ein.

Richter Josef Nuber lässt aber keinen Zweifel, dass er den Fall des 39-jährigen grundlegend behandeln will. Er beginnt von vorn, mit Shephards Zeit in seiner Heimatstadt Cleveland und dessen prekärer Situation. Als Obdachloser mit abgebrochenem Studium, der im Auto lebte und sich als Tagelöhner verdingte, sah er in der Army die letzte Rettung.

„Hat die US-Armee Verbrechen begangen oder nicht?“

ANWALT REINHARD MARX

Damit ist er der erste US-Soldat, der hier ein Asylverfahren anstrebt. So wurde Shephard bundesweit bekannt. 2010 erhielt er den taz Panter Preis.

Die frühen Ereignisse werden haarklein durchgearbeitet. Bestand Kontakt zur irakischen Zivilbevölkerung? Wann kamen ihm Zweifel? Welche konkreten Informationen hatte er über die Kriegshandlungen? Mit welchen Quellen recherchierte er? Shephard erzählt: „Die Hubschrauber haben nicht nur auf Panzer geschossen, sondern auch auf Zivilisten.“ Und er beschreibt, wie ihn die Army seiner Ansicht nach übers Ohr gehauen hatte: Vor der Verlängerung seines Vertrags sei ihm gesagt worden, dass er dann nicht mehr in den Irak müsse.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte hohe Hürden für dieses Verfahren gesetzt. Denn Shephard hatte vor der Desertion nicht versucht, in den USA den Kriegsdienst zu verweigern. Auch zweifelten die Luxemburger Richter 2015 in ihrem Vorabentscheidungsverfahren, dass der Feldzug rechtswidrig gewesen sei und Shephard sich deshalb hätte an Kriegsverbrechen beteiligen müssen.

Der Deserteur gibt bereitwillig Auskunft. Sein Anwalt Reinhard Marx meint: „Hat die US-Armee Kriegsverbrechen begangen oder nicht – das ist der entscheidende Punkt des Verfahrens.“ Wann ein Urteil fällt, ist offen.

Die große Frage war, wie intensiv das Verwaltungsgericht nach der EuGH-Entscheidung nun noch einmal das Verfahren aufgreift. Shephards Asylantrag

Ein Mann fürs Wirgefüh

BUNDESPRÄSIDENT | Der designierte Gauck-Nachfolger Steinmeier will mehr Respekt in der Gesellschaft fördern. Kanzlerin Merkel lobt ihn als „den richtigen Kandidaten“



Sie demonstrieren bereits Wirgefüh: Merkel, Gabriel, Steinmeier (v. links), Seehofer (hinten) Foto: Kay Niefeld/dpa

AUS BERLIN ANJA MAIER

Mittwochmittag, Fraktionsbene des Bundestags: Aus der Tiefe des Raums erscheint der künftige Bundespräsident. Präsentiert wird Frank-Walter Steinmeier von den Chefs der drei Regierungsparteien CDU, CSU und SPD. Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel flankieren ihren Kandidaten, es könnte der Moment sein für protokollarische Finesse.

heute noch Besuch von US-Präsident Barack Obama und trägt wohl deshalb einen Blazer in funky Flieder. Seehofer nickt den Journalisten zu, er hat als Einziger keinen Sprechzettel dabei. Merkel hingegen liest ihre Empfehlung vom Blatt.

Tatsächlich aber treten hier vier Berufspolitiker an graue Rollpulte, flankiert werden sie von zwei schlapp hängenden Fahnen und ein paar Sicherheitsleuten. Merkel erwartet

Sie sei überzeugt: „Frank-Walter Steinmeier ist der richtige Kandidat in dieser Zeit.“ Die Betonung liegt dabei auf dem Wort dieser. Tatsächlich hatte Merkel es bis zuletzt nicht vermocht, einen eigenen Kandidaten zu präsentieren. Am Ende hatte sie sich dem Wunsch der SPD gebeugt.

„Meine Freude ist groß, mein Respekt noch größer“

FRANK-WALTER STEINMEIER

für ihre Unterstützung bei der Kandidatenkür. Das sei nicht selbstverständlich. Seehofer macht es kurz. Für die CSU sei entscheidend, einen „guten Bundespräsidenten für unser Land zu bekommen“. Steinmeier sei dafür „sehr gut geeignet, als Mensch, als Politiker“. Ende der Durchsage.

Vizekanzler Gabriel dankt Merkel und Seehofer ausgiebig

das Amt, in das er Mitte Februar gewählt werden will. „Meine Freude auf die Aufgabe ist groß, mein Respekt davor noch größer“, sagt er. Im Fall seiner Wahl wolle er sich für den Zusammenhalt in der Gesellschaft starkmachen. „Daran will ich mit allen zusammenarbeiten, über Parteigrenzen hinweg, vor allen Dingen aber auch über soziale Grenzen hinweg.“ Es gehe in Deutschland um eine politische Kultur, „in der wir miteinander streiten können, aber respektvoll miteinander umgehen“. Angela Merkel schaut bei diesen Sätzen schräg zu Steinmeier hinüber. Sie nickt und wippt leicht vor und zurück.

So schnell, wie sie gekommen sind, so rasch verschwinden die vier wieder in den Gefilden der Unionsfraktion. Fragen sind nicht zugelassen. Steinmeier hat seine Sache gut gemacht. Von Erhabenheit oder historischer Weichenstellung waren die Minuten im Reichstagsgebäude jedoch meilenweit entfernt.

Eine Stunde später wird Steinmeiers Sprecher auf der anderen Spreeseite in der Bundespressekonferenz gefragt, ob der Noch-Außenminister sich bei Murat Kurnaz entschuldigen werde, wie dieser es gefordert hatte. Die Geschehnisse um Herrn Kurnaz liegen viele Jahre zurück; wehrt der Sprecher ab. In einem Untersuchungsausschuss seien alle Fragen dazu beantwortet worden. „Dazu ist nichts mehr hinzuzufügen.“

Advertisement for taz.shop ÖkoNorm Maltropfen. Includes a list of colors (red, green, yellow, black, grey) and a price of €495. Text: Diese Stifte passen genau in kleine Kinderfäuste. Damit macht das Zeichnen schon den Kleinsten Spaß.

Schmerzgriffe nur noch mit Ansage erlaubt

NIEDERSACHSEN Ein Demonstrant wurde bei einem Polizeieinsatz verletzt. Urteil: Gewalt war rechtswidrig

GÖTTINGEN taz | Die Polizei in Niedersachsen muss künftig vorher ankündigen, wenn sie Schmerzgriffe gegen Demonstranten anwendet. Das ist die Quintessenz eines am Mittwoch bekannt gewordenen Urteils des Obergerichtspräsidenten (OVG) Lüneburg. Die Klage eines heute 43-jährigen Göttingers hatte damit weitgehend Erfolg.

chen. Beamte der wegen mehrerer ruppiger Einsätze bereits in der Kritik stehenden Göttinger Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit räumten nach einem verstrichenen Ultimatum des Eigentümers das Gebäude und bugsiierten die verbliebenen Besetzer ins Freie.

Der Mann hatte sich im Januar 2013 an der symbolischen Besetzung eines leer stehenden Hauses im Zentrum von Göttingen beteiligt. Eine Gruppe von etwa 100 Aktivistinnen wollte damit auf die prekäre Wohnraumsituation aufmerksam ma-

Dabei wendeten zwei Polizisten auch Schmerzgriffe an der Nase des Klägers an, um ihn zum Aufstehen zu bewegen. Der Mann erlitt dabei Verletzungen im Gesicht. Die auch aus Kampfsportarten bekannte Technik nutzt den Verlauf von Nervenbahnen: Durch Druck auf deren Schnittpunkte soll

dem Gegner Schmerz zugefügt und seine Gegenwehr gebrochen werden.

Das Verwaltungsgericht Göttingen hatte eine Klage des Besetzers 2014 zunächst abgewiesen. Das OVG kassierte diese Entscheidung nun und erklärte die Anwendung von Schmerzgriffen in dem konkreten Fall für rechtswidrig. Weil dem Kläger ein nicht unerheblicher Schmerz zugefügt worden sei, hätte es nach Auffassung der Lüneburger Richter einer besonderen Androhung dieser Griffe vor ihrer Anwendung bedurft. Über die grundsätzliche Frage, ob Schmerzgriffe bei polizei-

chen Einsätzen überhaupt verhältnismäßig sind, entschied das Gericht allerdings nicht. Eine Revision gegen das Urteil ließ das OVG nicht zu.

Schmerzgriffe würden in jüngster Zeit mehr und mehr zur Standardmaßnahme geschlossener Polizeieinheiten im Umgang mit Demonstrierenden, kommentierte der Anwalt des Klägers, Sven Adam, den Richterspruch. Es sei erfreulich, dass das OVG mit seiner Entscheidung dieser Form von Gewalt rechtsstaatliche Grenzen gesetzt habe. Die Polizei müsse sich an diesem Urteil orientieren, forderte Adam.

REIMAR PAUL